

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe märz 2010



Herausgeber, V.i.S.d.P
Dr. Maren Jasper-Winter
Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte
Schlegelstr. 24
10115 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution
700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur
Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren
Nils Augustin, Claudia Bandow, Anno Blissenbach, Ingo Kamps, Kurt M. Lehner, Justus Leonhard, Markus Löning, Katja v. Maur, Peter Pawlowski, Frauke Sander, Henner Schmidt

Autoren dieser Ausgabe
Ralf Breitgoff, Agnes Ciupercă, Sebastian Kluckert, Antje Pieper, Ise Schmidt

Leserbriefe
Frauke Jung-Lindemann

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de
fdp-fraktion-mitte.de
liberal-central.de
fdp-gendarmenmarkt.de
fdp-hackescher-markt.de
fdp-ot.de
fdp-tiergarten.de
fdp-wedding.de

Bankverbindung
FDP Mitte
Konto 653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namenszeichen geben die Meinung nur ihres Autors wieder, nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe märz 2010

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

so beginnt denn nun aller Orten die Positionierung zur Berlinwahl 2011: Auf unserem bevorstehenden Landesparteitag wird etwa ein Satzungsänderungs-Antrag unser langjähriges Anliegen wieder ins Spiel bringen, dass der Bezirksausschuss die Möglichkeit erhalten soll, die Aufstellung der Listen auf eine Bezirks-Mitgliederversammlung zu übertragen. Inhaltlich bereitet sich die Berliner FDP am gleichen Ort durch einen – nicht zuletzt von unserem Landesvorstandsmitglied Katja v. Maur verfassten – Leitantrag des Landesvorstandes zur Verkehrspolitik auf den anstehenden Wettbewerb der Ideen für eine bessere Regierung der Stadt vor.

Bezüglich der anstehenden Neuwahl des Landesvorstandes besteht im Landesverband recht unisono der Wunsch, dass um den Vorsitzenden der AGH-Fraktion und designierten Landesvorsitzenden Christoph Meyer ein von Professionalität und Verzahnung mit der AGH-Fraktion geprägtes Team entstehen möge. Dazu wollen und werden auch wir aus Mitte unseren Beitrag leisten. Kandidaten aus unserem BV Mitte sind Tim Stuchtey, der dem Landesvorstand auch schon in der Vergangenheit angehört hatte, unser eigener Abgeordneter im AGH, Henner Schmidt, sowie Christian Platzer.

Schr erfreulich ist, dass die reale Reformpolitik der neuen Koalition auf Bundesebene sichtbar Fahrt aufnimmt. Unter Federführung des liberal geführten Bundesgesundheitsministeriums hat die Regierungskommission zur nachhaltigen und sozialen Finanzierung des Gesundheitswesens ihre Arbeit aufgenommen. Ein intelligenteres und gerechteres System der Finanzierung des staatlich organisierten Gesundheitssystems rückt in greifbare Nähe. Auch an der Steuerfront gibt es gute Nachrichten, der Einstieg in die Vereinfachungs-Reform könnte schneller erfolgen als geplant.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Wer den Gedanken nicht angreifen kann, greift den Denkenden an.

Paul Valéry

Lagebericht der Vorsitzenden

Lage der Bundespartei - in Mitte diskutiert

von Maren Jasper-Winter

Rund 50 Mitglieder der FDP Mitte diskutierten am vergangenen Mittwoch (10. März 2010) angeregt mit Martin Lindner MdB und Alexander Pokorny (Mitglied im FDP-Bundesvorstand) die Lage der Bundespartei. Kritik und Unmut der Mitglieder über den Regierungsstart der Bundespartei wurde von beiden Referenten gut pariert - Lindner betonte, dass die FDP nunmehr in einer Koalition mit der CDU/CSU sei, in der nicht nur FDP-Politik pur durchgesetzt werden könne. In einem zweiten Teil der Diskussion ging es um die von Guido Westerwelle initiierte Sozialstaatsdebatte. Über die Frage hinaus, ob es richtig war, die Diskussion mit einem „Paukenschlag“ in den Medien zu beginnen, machte Pokorny klar, dass es für ihn zur Kernaufgabe des Staates gehöre, denjenigen Menschen, die nicht für ein eigenes Einkommen sorgen können, ein menschenwürdiges Leben mit einer Geldleistung zu ermöglichen. Er sehe wenig Spiel, das ALG II in Höhe von 359 € abzusenken.

Die Diskussion an diesem Abend zeigte, dass in der Sache zu den Konzepten einer angemessenen sozialen Absicherung noch viel Diskussionsbedarf besteht - aber auch das Bedürfnis, dass die Bundespartei die angestoßene Diskussion unterfüttert. Hierzu ist die FDP auf dem besten Wege: Christian Lindner - der als neuer Generalsekretär zeigt, dass Ankündigungen profunde Konzepte folgen - , Heinrich L. Kolb, Pascal Kober und Johannes Vogel stellten ihr Thesenpapier „Aufstiegschancen schaffen – auf dem Weg zum fairen Sozialstaat“ vor. Kernaussagen sind:

- Anpassung des ALG II an die Bedürfnisse von Kindern durch eine Verbindung von Geld- und ergänzenden Sachleistungen – in Form beispielsweise von Gutscheinen für die Teilnahme an kulturellen Angeboten oder der freien Mittagsverpflegung in der Schule.
- Neuregelung der Zuverdienstmöglichkeiten, um den Anreiz zur Arbeitsaufnahme bei zunehmendem Einkommen zu verstärken.



- Bekämpfung der Schwarzarbeit

- Zusammenlegung von sozialen Leistungen

Für uns Berliner ist der Fortgang der Debatte wichtig, um zu zeigen, dass es den Liberalen nicht nur um mediale Aufmerksamkeit geht, sondern, dass wir die Situation im Land durch konkrete Reformen - auch des Sozialstaats - verbessern möchten. Denn gerade in Berlin müssen wir unseren Wählern klar machen, dass es um mehr geht, als nur soziale Transferleistungen auszugeben. Vielmehr müssen Anreize geschaffen werden, Arbeit wieder aufzunehmen. Mit diesem Thema wird es die Berliner FDP schwer haben, da die anderen Parteien, aber auch leider viele Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt sich mit der Situation abgefunden und zum Teil sich hierin auch eingerichtet haben, Leistungen vom Staat zu erhalten, ohne dies näher für sich zu hinterfragen.

Dass es für diese Überzeugungsarbeit der FDP in Berlin noch ein weiter Weg ist, zeigt die letzte Umfrage aus dem Februar 2010 (forsa), die die FDP bei Abgeordnetenhauswahlen nur noch bei 5 % sieht. Sicherlich hängt jetzt Vieles davon ab, wie die Bundespartei auftritt. Positiv ist, dass auch viele neue Bundespolitiker der FDP mediale Aufmerksamkeit haben: Martin Lindner zum Beispiel schlägt sich tapfer in Fernsehsendungen. Auch Johannes Vogel macht sich durch gute Fernsehauftritte und Facharbeit einen Namen und wächst über die Rolle als JuLi-Bundesvorsitzender hinaus.

In Berlin heiß dies für uns: konzentrierte inhaltliche Arbeit mit einem guten Team, das die wichtigsten Themen der Liberalen in der Hauptstadt vertritt: eine ideologiefreie Schulpolitik für die Kinder, eine vernünftige Haushaltspolitik, die Wesentliches von Unwesentlichem trennt, eine freiheitssichernde Innen- und Rechtspolitik, und eine Politik, die Wirtschaftsunternehmen in dieser Stadt stützt und nicht drangsaliert. Den offiziellen Auftakt im Hinblick auf die Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen wird Christoph Meyer sicherlich am 19. März 2010 geben. Lassen Sie uns zusammen daran arbeiten, dass wir unsere Idee in und für Berlin umsetzen können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine frohe Osterzeit.

Dr. Maren Jasper-Winter (OV OT) ist Vorsitzende des FDP-Bezirksverbandes Mitte

Kommentar aus Mitte

Brauchen wir noch Gleichstellungspolitik?

von Agnes Ciuperca

Das Jahrhundert der Frauen ist angebrochen. Dieser Satz hat Eingang auf viele Titelseiten der letzten Jahre gefunden. Es gibt viele Gründe dafür, die Frauen als die Gewinnerinnen der Globalisierung zu betrachten. In einigen Ländern haben es Frauen an die Spitze von Regierungen geschafft oder führen Großunternehmen. Jetzt hat zum ersten Mal eine weibliche Filmemacherin den Oscar für die beste Regie bekommen. Geschichten des Erfolges gibt es immer häufiger; und das ist gut. Aber es gibt auch die andere Seite: die der Zahlen. Erst kürzlich hat das Statistische Bundesamt veröffentlicht, dass Frauen im Jahr 2008 im Schnitt 23,2 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen verdient haben. Der EU-Durchschnitt lag derweil bei 18 Prozent. Das Beunruhigende an den neuen Daten ist allerdings, dass die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen immer größer wird. Das ist beunruhigend. Natürlich sind die Zahlen vorsichtig zu betrachten. Letztlich ist es schwierig absolute Schlüsse über die Verdienstunterschiede bei gleichem Beruf und entsprechenden Bildungsabschlüssen zu ziehen. Trotzdem sind sie ein Indiz dafür, dass die Ziele der Gleichstellungspolitik noch nicht erreicht sind.

Eine andere Erkenntnis der Statistiker ist, dass immer mehr Frauen in unsicheren und schlecht bezahlten Jobs arbeiten und vermehrt in Teilzeit tätig sind. Diese häufig auch prekären Lebensverhältnisse ziehen sich wie ein roter Faden durch die Erwerbsbiographie von Frauen. Sie sind es auch, die im Alter von Armut bedroht sind. Die Gründe für die beschriebenen Entwicklungen sind vielfältig. Schon das Berliner Grundsatzprogramm von 2004 hat wichtige Ursachen genannt: Frauen sind zum Beispiel häufig im Einzelhandel oder dem Pflegesektor beschäftigt, wo sie weit weniger verdienen als in anderen Bereichen. Viele von ihnen haben ausgesetzt, um Kinder zu erziehen oder Familienmitglieder zu pflegen. Oder Frauen steigen ganz aus dem Berufsleben aus, weil die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf nicht zu schaffen



ist. All diese Entscheidungen reißen Lücken in die Lebensläufe von Frauen: die Babylücke, die Gehaltslücke oder die Erwerbslücke. Häufig werden sie zu unüberwindbaren Hindernissen auf dem Weg in ein erfolgreiches Berufsleben.

Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung ist in seiner Aussage eindeutig: „Wir wollen das Prinzip *gleicher Lohn für gleiche Arbeit* für Frauen und Männer umsetzen und damit die Entgeltungleichheit überwinden.“ Dieses Bekenntnis für die Lohngerechtigkeit muss nun konsequent umgesetzt werden und darf sich nicht nur in Sonntagsreden erschöpfen.

Auch beim Blick auf die Führungsetagen in Wirtschaft und Gesellschaft wird deutlich, dass es trotz vieler Frauenförderprogramme nicht gelungen ist, Frauen den Zugang in die noch (fast) reinen Männerriege zu ermöglichen. Gerade mal eine einzige Frau findet sich unter den Dax-Vorständen. Insgesamt sind laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) 2008 nur 2,5 Prozent der Vorstandsmitglieder in den 200 größten Unternehmen hierzulande weiblich. Auch in den Kontrollgremien liegen wir abgeschlagen hinter Schweden und Finnland, mit gerade mal 13 Prozent Frauenanteil. Die Nachricht, dass nun ein Unternehmen wie die Deutsche Telekom eine Frauenquote in ihrem Unternehmen einführen will, kam trotzdem überraschend. Innerhalb von knapp sechs Jahren sollen 30 Prozent der oberen und mittleren Führungspositionen mit Frauen besetzt sein. Die Telekom wird dabei vor allem von unternehmerischen Interessen geleitet. Vorstandschef Rene Obermann hat ein klares Anliegen: „Mit mehr Frauen an der Spitze sind wir einfach besser“. Diese freiwillige Selbstverpflichtung wird hoffentlich Nachahmer finden. Auch in anderen Bereichen. Die Äußerungen von Seiten der schwarz-gelben Koalition sind auch hier eindeutig: „Der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll maßgeblich erhöht werden.“ Für die Politik muss dies Leitlinie uns Ansporn zugleich sein, die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern von den niedrigen bis zu den Spitzenpositionen in allen Bereichen zu verwirklichen.

Agnes Ciuperca ist Stellv. Vorsitzende des OV Hackescher Markt

Gastkommentar

Bekämpfung linker Gewalt – Aufgabe von Staat, Politik und Zivilgesellschaft

von Sebastian Kluckert

Brandstiftungen an Fahrzeugen und Neubauvorhaben sowie Brandanschläge auf Polizei- und Gewerkschaftseinrichtungen und Privatunternehmen sind in Berlin trauriger Alltag. Allein im Jahr 2009 wurden knapp 300 Fahrzeuge durch linksextremistische Brandanschläge zerstört oder beschädigt. Seit kurzem werden Gaskartuschen als Bomben vor Gebäudeeingängen gezündet, und man kann nur von Glück reden, daß bisher kein Mensch bei der Explosion verletzt oder getötet wurde. Dieser Vielzahl von Straftaten stehen keinerlei Erfolge der Strafverfolgungsbehörden gegenüber. Ganz im Gegenteil:

In einigen Fällen wurde sogar Anklage ohne hinreichende Beweise erhoben, Freisprüche folgten.

Mit Blick auf die politischen Mehrheitsverhältnisse im Berliner Abgeordnetenhaus, dürfte es zweifelhaft sein, ob der rot-rote Senat überhaupt den politischen Willen besitzt, sich mit der linksextremistischen Szene ernsthaft anzulegen. Die erst im zweiten Anlauf erfolgte Wahl des Regierenden Bürgermeisters sowie die fehlgeschlagene Wahl einer Landesrechnungshofspräsidenten haben deutlich gezeigt, daß die rot-rote Koalition dazu gezwungen ist, jeden Abgeordneten „mitzunehmen“, um die Legislaturperiode bis zum Ende zu bestreiten. Wenn aber Vertreter der Linkspartei wiederholt zu den Anmeldern gewalttätiger Demonstrationen des linksextremistischen Spektrums gehörten, insbesondere eine Abgeordnete der Linksfaktion eine Demonstration unter dem ihre Gesinnung entlarvenden Motto „Gegen Nazis, Staat und Kapital“ anmeldete, dann drängt sich die Frage auf: Für welche auch nur ganz kleinen Anstrengungen gegen linke Gewalt kann man diese Gesinnungsgenossen eigentlich überhaupt „mitnehmen“? Wie kann dieser Senat überhaupt linke Gewalt wirksam bekämpfen, ohne daß sich für ihn die Schicksalsfrage stellt?



Allerdings grenzen sich nicht nur die beiden Regierungsparteien nicht ausreichend gegenüber linker Gewalt ab. Auch die Grünen tun dies aus politischem Kalkül nicht. Wollen sie doch als Partei für weite Teile der ganz weit links stehenden Szene sowie für weite Teile des Bildungsbürgertums gleichermaßen wählbar sein. So wurden beispielsweise die zerstörerischen Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen vom innenpolitischen Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus als „Konjunkturprogramm für die Automobilwirtschaft“ verharmlost. In der Neuköllner

Bezirksverordnetenversammlung stimmten die Grünen als einzige Fraktion gegen eine gemeinsame Entschließung, welche rechte und linke Gewalt verurteilt, nachdem ihr eigener Änderungsantrag, die Erwähnung der linken Gewalt zu streichen, abgelehnt wurde.

Viele Mitglieder der Regierungskoalition und der oppositionellen Grünen haben offensichtlich noch nicht erkannt, wie gefährlich ihr Spiel mit dem Linksextremismus ist. Linke Gewalt wird erst dann ein Ende finden oder zumindest deutlich zurückgehen, wenn sie auf entschiedenen Widerstand und ehrliche Ächtung durch alle gesellschaftlichen Kräfte trifft. Senat, Parteien und Zivilgesellschaft müssen endlich gemeinsam konsequenter Druck aufbauen. Unsere Gesellschaft darf sich von linken Extremisten nicht diktieren lassen, welche Autos wo zu fahren sind, wer in welchen Kiezen wohnt oder wo ein Unternehmer ein Restaurant eröffnen darf.

Solange ein über das Lippenbekenntnis hinausgehender ernsthafter Konsens darüber unter allen Fraktionen und ihren Parteien nicht herzustellen ist, bleibt es Aufgabe der Liberalen, den Bürgerinnen und Bürgern die seitens unserer politischen Wettbewerber betriebene Verharmlosungsrhetorik und das dahinter stehende politische Kalkül deutlich vor Augen zu führen. Keinesfalls dürfen wir es einer Partei durchgehen lassen, sich einerseits subtil, mehrzüngig und von der Öffentlichkeit weitgehend unberichtet für eine Wählerschaft von ganz weit links attraktiv zu halten und andererseits auch potentielle Wähler im bürgerlichen Spektrum gewinnen zu wollen, um mit diesem Spagat eine Regierende Bürgermeisterin zu stellen.

Dr. Sebastian Kluckert MdA ist Vorsitzender des BV Neukölln und rechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im AGH

Zum Thema**Die vierte Gewalt***von Antje Pieper*

Auftrag und Funktion der Medien als 4. Gewalt im demokratischen Gefüge ist die Kontrolle der politischen Machtinhaber. Wenn aber – wie im ZDF – fünf Ministerpräsidenten den 14-köpfigen Verwaltungsrat dominieren und ganze Teile des 77-köpfigen Fernsehrates aufgrund einer „Ministerpräsidentenliste“ nominiert werden, ist der Staatseinfluß in den ZDF-Wahl- und Kontrollgremien durch den ZDF-Staatsvertrag vorprogrammiert.



Das Bundesverfassungsgericht hat die Mitgliedschaft von Regierungsvertretern in diesen Gremien ausgeschlossen und die Anzahl der Parlamentarier auf maximal ein Drittel begrenzt. Diese somit bestehende Verfassungswidrigkeit des ZDF-Staatsvertrages ist lange Jahre bekannt. Aber nie zuvor haben Ministerpräsidenten durch die Abwahl des obersten Journalisten im ZDF, dem Chefredakteur Nikolas Brender, die PROGRAMMFREIHEIT so offensichtlich verletzt.

Der Parteienpoker im ZDF ginge weiter, wenn nicht in Karlsruhe dieser 16-Länder Vertrag zur Überprüfung vorgelegt würde. Mit der Folge, dass ein Roland Koch sich demnächst seine journalistischen Interviewpartner selber aussucht, statt qualifizierter Journalisten die „Häusleschleicher“ Karriere machen. (Der Stasi-IM Vergleich dieser letzteren Spezies ist allerdings überzogen und schadet der Sache selbst.)

Meine FORDERUNG an die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen lautet:

Für einen Normenkontrollantrag in Karlsruhe sind nur ein Viertel aller Abgeordneten des Deutschen Bundestages erforderlich. Die Grüne und die Linke Fraktion werden klagen, aber es fehlen 12 Abgeordnete. Die SPD zaudert, um Kurt Beck zu schützen, und will nur kleinere Änderungen mit der CDU absprechen. So sind mutige FDP-Abgeordnete – trotz aller Koalitionsdisziplin – aufgefordert, im Namen der Rundfunkfreiheit den notwendigen Weg nach Karlsruhe mitzugehen.

Antje Karin Pieper ist stellv. Vorsitzende des OV Tiergarten und stellv. Vorsitzende des LFA „Kultur und Medien“

Zum Thema**Perpetuum mobile***von Wolfgang Müller*

Während der klassische Sozialdemokrat bei Transferzahlung vor allem an die „richtige“ Höhe denkt, steht für Liberale prinzipiell der Anreiz zur Arbeitsaufnahme im Fokus. Ohne an dieser Stelle Transferempfänger kritisieren zu wollen bleibt folgendes festzuhalten: Während in Zeiten des über 24 Monate gezahlten Arbeitslosengelds I die Jobsuche auffallend oft mehr als ein Jahr dauerte, fanden Arbeitssuchende nach Verkürzung des ALG I auf 12 Monate, viel häufiger bereits im ersten Jahr eine neue Beschäftigung.



Doch nicht nur manche Arbeitssuchende oder in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkte Personen erhalten Transferzahlungen, sondern auch Unternehmen, Organisationen oder gar ganze Wirtschaftszweige. Früher waren die klassischen Beispiele hierfür der deutsche Steinkohlebergbau oder die Landwirtschaft, heute sind es sogenannte grüne Industrien. Was die verschiedenen Transferzahlungen auszeichnet, ist ihr Anreizcharakter. So haben Investoren in die Photovoltaik einen Anreiz „ihre“ Transferzahlungen in Form von Einspeisevergütungen zu erhalten, die über die Stromrechnungen aller Bürger finanziert werden.

Ein ebenso interessantes wiebrisantes Beispiel von Anreiz und Transfer veröffentlichte vor kurzem ein befreundeter Think Tank in Großbritannien. Auf der Suche nach den Finanzierungsquellen der in Brüssel vertretenen umweltpolitischen Lobbygruppen fand das International Policy Network, dass die EU mittlerweile auch zu deren Finanzier geworden ist. Die Unterstützung der in Brüssel ansässigen grünen „Nicht-Regierungs-Organisationen“ wuchs innerhalb von 10 Jahren von 2,3 auf fast 9 Millionen €. Gruppen wie Climate Action Network, Friends of the Earth oder WWF erhielten 2009 zwischen 250.000 € und 900.000 € aus öffentlichen Mitteln der EU. Mittel die diese Gruppen dafür verwendeten, um eine grünere EU Politik anzumahnen, aber auch um selbst wieder mehr Geld für ihre Lobbyarbeit zu bekommen. Ein echter Anreiz so weiterzumachen.

Wolfgang Müller (bundesunmittelbares Mitglied der FDP), Geschäftsführer des Instituts für Unternehmerische Freiheit

Aus dem Abgeordnetenhaus

Aktuelle Themen: Eisräumung und Hillenbergskandal

von Henner Schmidt

Das Abgeordnetenhaus hat im letzten Plenum eine große „Eis und Schnee Debatte“ abgehalten. Meine Meinung dazu war: Natürlich muss man sich in der Stadt einigermaßen sicher bewegen können, auch in absoluten Ausnahmewintern wie diesem. Man muss sich aber hüten, mit übertriebenem Aktionismus und entsprechenden Maßnahmenvorschlägen über das Ziel hinauszu-schießen. Zu letzterer Kategorie gehört der „Eisgipfel“ der CDU, die Idee der SPD, mal alles pauschal der BSR zu übertragen und wohl auch die „Nationale Streusalzreserve“ der Bundes-FDP.



Irgendwann muss man einfach auch mal zugeben, dass Probleme nicht völlig lösbar sind und man nicht auf alles vorbereitet sein kann. Außerdem wird es sehr teuer, sich 19 Jahre lang auf ein Ereignis vorzubereiten, dass dann nur alle 20 Jahre kommt. Das entschuldigt natürlich nicht die herablassenden Sprüche des Regierenden Bürgermeisters („Haiti“, „Holiday on Ice“).

Der Hillenberg-Skandal zieht weitere Kreise. Sie haben wohl mitbekommen, was da passiert ist: ein Mitglied des Abgeordnetenhauses hat über längere Zeit umfangreiche Aufträge einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft bekommen – alles ohne Ausschreibung. Die Geschäftsführer der Gesellschaft und der MdA sind allesamt Mitglieder der SPD. Herr Hillenberg selbst war Mitglied des Bauausschusses.

Jetzt will die SPD, dass Herr Hillenberg sein Mandat niederlegt. Aus meiner Sicht ist dies aber kein „Sonderfall Hillenberg“ sondern hat System. Außerdem sieht man, wie problematisch das Handeln von staatlichen Unternehmen sein kann. Staatlich zu sein heißt eben auch, politisch gesteuert zu sein und dann ist es nicht mehr weit zur Parteibuchwirtschaft. Berlin hat da ja schon einige üble Lektionen lernen müssen.

*Henner Schmidt MdA (OV Gendarmenmarkt),
Stellv. Vorsitzender des BV Mitte*

Aus der Landespartei

Mehr Demokratie wagen

von Katja v. Maur

Am kommenden Wochenende wird die Berliner FDP beim Landesparteitag wesentliche Weichen für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 stellen. Es geht nicht allein um Personalentscheidungen für den künftigen Landesvorstand, dem Gremium, das die programmatischen Leitlinien vorgibt und den Wahlkampf organisiert. Ebenso wichtig sind die programmatischen Leitlinien selbst. Wir stehen vor der Herausforderung, die Wählerinnen und Wählern davon zu überzeugen, dass wir wissen, was Sozialpolitik wirklich bedeutet: Nämlich echte Arbeitsplätze durch Investitionen zu schaffen, damit unsere Stadt lebenswert bleibt und wir Berlinerinnen und Berliner Zukunftsperspektiven haben. Wir wissen, dass die Voraussetzung dafür eine bessere Bildungspolitik, Infrastruktur-, Verkehrs- sowie Umweltpolitik und eine Verwaltungsreform sind. Regierender und Senat haben durch ihre Ignoranz und ihre ideologischen Ansichten alle Chancen vertan.



Wir können unser freiheitliches Profil noch schärfen, wenn wir selbst mehr Demokratie um- und durchsetzen: Seit langem fordern wir mehr Mitbestimmung der Wählerinnen und Wähler beim Wählen. Deshalb hat der Landesausschuss für ein Wahlrecht gestimmt, das den Wählern Einflussmöglichkeiten auf die Reihenfolge von Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahllisten gibt, durch Kumulieren (Häufung von Stimmen auf bevorzugte Kandidaten) und Panaschieren (Wahl von Kandidatinnen und Kandidaten aus mehr als einer Partei). Unser Vorschlag hat eine reelle Chance, denn das Volksbegehren zum Wahlrecht hat inzwischen genügend Stimmen für die zweite Stufe und das Verfassungsgericht hat dem Senat untersagt, das Volksbegehren einfach für unzulässig zu erklären.

Mehr Demokratie können wir intern erreichen, indem wir den Bezirksausschüssen die Möglichkeit geben, die Aufstellung ihrer Kandidatinnen und Kandidaten zum nächsten Abgeordnetenhaus auch durch eine Bezirksmitgliederversammlung entscheiden zu lassen und uns für ein Frauenförderprogramm aussprechen, das den Namen verdient. Entsprechende Anträge liegen vor.

*Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin
im Landesvorstand der Berliner FDP*

Berichte aus Mitte

Monte Carlo mit Schmuddeleffekt

Peter Pawłowski für die BVV-Fraktion

Wenn man alle Plätze, Brücken und Straßen addierte, die in Berlin nach Rosa Luxemburg benannt wurden, müsste die deutsche Hauptstadt schon längst den Namen Luxemburg tragen. Läge man hingegen die Zahl der Spielhallen zugrunde, nämlich 2.946, wäre der Name Monte Carlo mehr als berechtigt. Mit dem weltbekannten monegassischen Stadtteil hätte Berlin übrigens noch mehr gemeinsam: sowohl die Berliner Spielhallen als auch Monaco zeichnen sich durch eine besondere Zurückhaltung im Umgang mit Finanzämtern aus. Doch während in Monaco Steuerfreiheit durch ein Gesetz aus dem Jahre 1869 rechtsstaatlich sanktioniert wurde, unterliegen die Finanzgeschäfte der Spielhallen eigenen internen Regeln. Trotz relativ überschaubarer Besucherzahlen, steigen deren Umsätze von Jahr zu Jahr und überschritten im Jahr 2008 70 Mio. €. Wie ist das möglich? Eine durchaus berechtigte Frage, die eindeutig nur von den Steuerfahndern beantwortet werden könnte. Die FDP-Fraktion hatte vor allem die stadtentwicklungs-politischen und jugendpolitischen Konsequenzen der massiven Ausbreitung der Spielhallen im Auge, als sie einen Antrag zur Eindämmung dieses Phänomens einbrachte.

Die Liberalen fordern das Bezirksamt auf, eine gesetzliche Regelung auf der Landesebene zu initiieren, mit dem Ziel, Spielhallen den Spielbanken weitgehend gleichzusetzen. Die Letzten müssen nämlich strenge Auflagen in Hinblick auf Jugendschutz und Sicherheit (auch Schutz vor Spielsucht) erfüllen. Das bedeutet, dass auch die Besucher der Spielbanken strengerer Kontrollen unterliegen, als die der Spielhallen. Solche Maßnahmen kosten natürlich Geld und Personal. Oktroyierte man diese Auflagen auch den Spielhallen, wäre das Geschäft sicherlich weniger rentabel. Damit wir uns gut verstehen, der FDP geht es nicht um Geschäftsverbote aufgrund eines Generalverdachts der Geldwäsche. Dies zu prüfen ist die Aufgabe der Finanzämter. Fakt jedoch ist, dass Spielhallen die ersten Vorboten eines Top-Down-Effektes sind, unter denen viele Geschäfts- und Wohnstraßen in Mitte erheblich leiden.

Somit werden viele Versuche, die heruntergekommenen Geschäftsstraßen – auch mit Hilfe der Steuergelder - zu revitalisieren, durch Etab-

lisements wie Nagelstudios und Spielhallen torpediert. Ähnliche Erfahrungen haben wir bereits mit Billigläden, den sog. Pfennigfuchsern gemacht, die mittlerweile ganze Straßenzüge in Berlin ruiniert haben, in dem etablierte Geschäfte verdrängt und durch Billigangebote ersetzt wurden- freilich nur vorübergehend, denn das, was folgte war der Leerstand. Das darf sich nicht wiederholen. Eine Chance, die virusartige Verbreitung von Spielhallen zu stoppen, darf eben nicht verspielt werden!

Wir sind ansprechbar über das
Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 9018 24 365, Fax 9018 24 363
Öffnungszeiten: Montag 12:00 bis 20:00, Dienstag 10:00 bis 16:00, Donnerstag 12:00 bis 18:00
www.fdp-fraktion-mitte.de

Themenverdichtung

Ingo Kamps vom OV Gendarmenmarkt

Vor wenigen Tagen traf sich der Vorstand zu einer außerplanmäßigen Vorstandssitzung, um die von den Mitgliedern im Rahmen der letzten Mitgliederversammlung gemachten Themenvorschläge als Basis für die Arbeit der kommenden Monate auszuwerten und zu diskutieren. Jedem Thema wurde ein Vorstandsmitglied zugeteilt, das den involvierten Mitgliedern beratend zu Seite stehen wird. Auf der am Tag darauf folgenden Versammlung im Amici wurden den Mitgliedern die Diskussionsergebnisse vorgestellt und trafen auf ein sehr positives Echo. Im Anschluss stellte sich unser Kandidat für den Landesvorstand – Henner Schmidt – noch den Fragen der Anwesenden, die von dieser Möglichkeit regen Gebrauch machten. Anschließend wurde in der Runde noch über aktuelle Entwicklungen im Landesverband diskutiert, bis der gelungene Abend langsam ausklang.

Konstituiert

Anno Blissenbach v. OV Hackescher Markt

In Folge der Nachwahlen zum Ortsverbands-Vorstand fand am 25.02.2010 eine außerordentliche Vorstandssitzung mit Charakter einer “Konstituierenden” statt. Hierbei stellte der neue Ortsvorsitzende, Burghard Grell, die beabsichtigten Schwerpunkte seiner Amtszeit vor und wurde der allseits gewünschte Ausbau der Internet-Präsenz besprochen. Zusätzlich in den Ortsvorstand kooptiert wurden Martina Rozok (BVV-Fraktionspressesprecherin) und Jürgen

Daenens (Brüssel), die Kooptierungen von Werner Hassepass (Info-Stände) und Anno Blissenbach (Redakteur "Liberal Central" sowie Landes- u. Bundesvorstand "Liberaler Mittelstand") wurden bestätigt.

Zum Bezirksausschuss vom 22.02. brachte der OV Hackescher Markt den von Agnes Ciuperca und Anno Blissenbach ausgearbeiteten Antrag „Geschlossenheit für AGH Wahlkampf 2011“ ein, dessen Inhalt bereits im „Schlusswort“ der letzten Ausgabe von Liberal Central thematisiert wurde. Trotz zweier engagierter Gegenreden aus OT wurde der Antrag mit breiter Mehrheit angenommen – u.a. mit den Stimmen der Bezirksvorsitzenden sowie der Mitte-Vertreter in Abgeordnetenhaus und Landesvorstand.

Woher nehmen?

Ralf Breitgoff vom OV Oranienburger Tor

Die Kritik an den Plänen zu einer umfassenden Steuerstrukturreform seitens der Opposition und auch aus Teilen des Koalitionspartners, reißen nicht ab. Das ist nicht weiter verwunderlich. Kurzfristige Erfolge beim Wähler zählen mehr als die langfristige Perspektive hin zu einem einfacheren, niedrigeren und gerechteren Steuersystem. Aber - und davon sind wir Liberale überzeugt - es gibt keine Alternative. Um so wichtiger ist es, aus erster Hand zu erfahren, welche Schritte in den nächsten Jahren gegangen werden müssen, um die Staatsfinanzen auf eine nachhaltige Basis zu stellen, ohne die Menschen weiter zu belasten. Der Ortsverband Oranienburger Tor freut sich daher sehr, dass der Vater des FDP-Steuermodells, Hermann Otto Solms, MdB sich bereit erklärt hat, am 23.03.2010 ab 19:30 Uhr im Walter-Scheel-Zentrum des Thomas-Dehler-Hauses die aktuellen Pläne der FDP mit uns zu diskutieren.

Tiergarten geht in Klausur

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Zu Jahresbeginn nimmt sich der OV Tiergarten stets Zeit für seine interne programmatische Arbeitsplanung. Möglichkeiten zur Diskussion boten der politische Brunch am 28. Februar im Restaurant „Walhalla“ und an diesem Samstag eine Vorstands- und Strategieklausur im Tiergartener Rathaus. Neben den üblichen Themen wie Mitgliederentwicklung, näherte Veranstaltungsplanung und Landesparteitag stand die weitere Aktivitätenplanung des Ortsverbandes für 2010 einschließlich der strategischen Vorbe-

reitung des Wahljahres 2011 auf der Agenda. Es erfolgte eine Bestandsaufnahme der Stärken und noch ausbaufähigen Möglichkeiten des Ortsverbandes sowie Diskussionen und Entscheidungen zur weiteren Organisation der Arbeit im OV, zu Veranstaltungsformaten, „Kiezaktivitäten“ wie Vernetzung mit lokalen Initiativen, Vereinen etc und über die interne und externe Kommunikation mit den Mitgliedern und den Wählerinnen und Wählern. Themenfelder für die OV-Arbeit 2010 wurden präzisiert und Zuständigkeiten verteilt.

Im Centre Francais

Claudia Bandow vom OV Wedding

Die Jahreshauptversammlung OV-Wedding fand am 05.02.2010 im Centre Francais statt unter reger Anteilnahme. Neben der Wahl der Delegierten zu Bezirksausschuss und Landesparteitag wurde die deutsch-iranische Publizistin Saba Farzan für den ausgeschiedenen Peter Lundkowski in der Ortsverbandsvorstand nachgewählt. Anschließend folgte ein nettes Beisammensein bei Wein und Käse bis in die späten Abendstunden statt. Am 02.03. fand ein Stammtisch ebenfalls im Centre Francais statt, dessen letzte Gäste erst spät in der Nacht gingen.

Kochen für Obdachlose

Ise Schmidt von den JuLis Mitte

5 Kilo Hack, 10 Kilo Spaghetti, 40 Dosen Flaschentomaten, 20 Pakete passierte Tomaten, 20 Zwiebeln, 10 Tüten Käse – so liest sich die Einkaufsliste der JuLis Mitte für ihre Aktion am 22. Februar. An diesem Tag haben Mitglieder des Bezirksverbands zusammen mit dem Berliner JuLi-Landesvorsitzenden David Issmer für Obdachlose und Bedürftige im „Warmen Otto“, der Wohnungslosentagesstätte der Berliner Stadtmision in Berlin-Moabit, für die etwa 50 bis 60 anwesenden Personen gekocht. Hilfsbedürftige können im „Warmen Otto“ nicht nur Essen bekommen und sich aufwärmen, sondern auch Beratung durch Sozialarbeiter in Anspruch nehmen. Die Obdachlosen freuten sich über den Einsatz der JuLis-Mitte und sprachen von sich aus häufig die aktuelle politische Debatte an. Die meisten waren auch der Ansicht, dass eine Diskussion über die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates notwendig ist. Liberale Politik und soziale Verantwortung gehören für die JuLis-Mitte zusammen, und das haben wir mit dieser Aktion tatkräftig unter Beweis gestellt!

Personalien

(au) Die FDP wird den Berliner **Hellmut Königshaus** MdB (Foto, Treptow-Köpenick) als neuen Wehrbeauftragten vorschlagen. Königshaus ist Jurist, Oberleutnant der Reserve und Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Er soll Nachfolger von Reinhold Robbe werden, dessen Amtszeit im Mai ausläuft, erklärte die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, **Birgit Homburger**. Mit Antritt seines Amtes müsste Königshaus aus dem Deutschen Bundestag ausscheiden, für ihn würde **Holger Krestel** (Foto, Tempelhof-Schöneberg) in das Parlament nachrücken. Homburger: „Mit Hellmut Königshaus macht die FDP einen überzeugenden Vorschlag für die Besetzung der Position des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, die auch die Zustimmung des Koalitionspartners findet.“



(au) **Saba Farzan** (Foto, Wedding) konnte die erfolgreiche Tradition unserer Kandidatinnen aus Mitte beim Mentoring-Programm des FDP-Bundesverbandes fortsetzen und wird im Jahr 2010 als eins der „Top-Nachwuchs-Talente“ unserer Partei betreut. Fast zeitgleich hierzu wurde Saba Farzan auch auf der Jahreshauptversammlung ihres Ortsverbandes in dessen Vorstand berufen, die Nachwahl war durch das Ausscheiden des BVV-Verordneten **Peter Lundkowski** aus seinem Vorstandamt erforderlich geworden.

(au) Der Bezirksausschuss des BV Mitte hat auf seiner Jahreshauptversammlung das Sprecher-gremium einmütig im Amte bestätigt, Sprecher ist weiterhin **Kurt Lehner** (Tiergarten), Stellvertreterinnen weiterhin **Katharina Peter** (Hackescher Markt) und **Claudia Bandow** (Wedding). Die Liste der neun Landesausschuss-Delegierten aus Mitte, welche der BA wählte, wird von **Antje Pieper** (Tiergarten) angeführt.

(au) Der BV Mitte hatte zur Diskussion über den Start der neuen Bundesregierung und über die Sozialstaatsdebatte **Martin Lindner** MdB (Steglitz-Zehlendorf) und Bundesvorstands-Mitglied **Alexander Pokorny** (Charlottenburg-Wilmersdorf) geladen, in dem bunt gemischten Publikum der Veranstaltung konnte unsere moderierende



Bezirksvorsitzende **Maren Jasper** (OT) von den Funktionsträgern des Verbandes u.a. unseren Stellv. Bezirksvorsitzenden und Abgeordneten **Henner Schmidt** MdB (Gendarmenmarkt) und aus dem Bezirksvorstand weiter **Nils Augustin**, **Burkhard Grell** (beide Hackescher Markt) und **Bettina v. Seyfried** (Wedding) begrüßen, auswärtige Gäste unseres Diskussionsabends waren die Stellv. Landesvorsitzende **Nikoline Hansen** (Kreuzberg-Friedrichshain) sowie das Landesvorstandsmitglied und Vorsitzende des BV Steglitz-Zehlendorf, **Mathia Specht-Habbel**.

(au) Die Landesfachausschüsse der Berliner FDP haben wie jedes Jahr ihre Vorstände neu gewählt. Als Vorsitzende des LFA 01 „Umwelt“ wiedergewählt ist **Christa Mientus** (Marzahn-Hellersdorf), ebenso wie im LFA 03 „Wirtschaft Finanzen und Arbeit“ **Matthias Lefarth** (OT), einer seiner Stellvertreter erneut **Martin Liebig** (OT). Wiedergewählt im LFA 05 „Schule Volksbildung Sport“ ist unser Landesvorstandsmitglied und Vorsitzende ihres BV Steglitz-Zehlendorf, **Mathia Specht-Habbel**, einer ihrer Stellvertreter wiederum **Anno Blissenbach** (Hackescher Markt). Neu ist der Vorsitzende des LFA 06 „Hochschulen Forschung Technologie“ mit **Volker Adams** (Charlottenburg-Wilmersdorf), einer seiner Stellvertreter ist der in die wissenschaftspolitische Programmarbeit des Landesverbandes zurückgekehrte **Tim Stuchtey** (Tiergarten). Der LFA 07 „Kultur und Medien“ bleibt weiter fest in der Hand des BV Mitte, wiedergewählt als Vorsitzender ist unser BA-Sprecher **Kurt Lehner** (Tiergarten), der den Fachausschuss zu neuem Leben erweckt hatte, Stellvertreter aus Mitte weiterhin **Antje Pieper** (Tiergarten), **Anno Blissenbach** (Hackescher Markt), Schriftührerin weiter **Bettina v. Seyfried** (Wedding). Der LFA 08 „Ausländerpolitik“ bestätigte **Hanaa El-Hussein** (Tempelhof-Schöneberg) als seine Vorsitzende, ebenso wie der LFA 09 „Internationale Politik“ **Kay Ehrhardt** (Steglitz-Zehlendorf). Neu gewählt als Vorsitzender des LFA 10 „Gesundheitspolitik“ wurde **Christoph Dietrich** (Tempelhof-Schöneberg), wiedergewählt im LFA 11 „Soziales Familie Jugend“ Urgestein **Thomas Seerig** (Steglitz-Zehlendorf) und im LFA 12 „Regionalentwicklung Verkehr“ **Heinrich v. Scheel** (Steglitz-Zehlendorf). Der AK V „Liberale Schwule und Lesben“ wird jetzt von **Alexander Schmidt** (Gendarmenmarkt) geleitet, der AK VII „Grundsatz- und Perspektivfragen“ weiterhin von **Thomas Seerig** (Steglitz-Zehlendorf). Noch nicht gewählt haben der LFA 02 „Innen und Recht“, der LFA 04 „Gender“ und der LFA 13 „Tierschutz“.

Leserbriefe

Frauke Jung-Lindemann (Liberale Frauen)

Auf der Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen Berlin wurde beschlossen, den Antrag zur Frauenförderung auf Landesebene auf dem bevorstehenden Landesparteitag einzubringen. Es geht darum, den entsprechenden Beschluss des FDP-Bundesvorstands vom 10.11.2008 endlich auf Landesebene umzusetzen. Um diese Forderung durchzusetzen, bitten wir Sie herzlich um Ihre Unterstützung! Insbesondere bitten wir die Delegierten und Ersatzdelegierten des Landesparteitags unter Ihnen, bei der Abstimmung für diesen Antrag zu stimmen und vorab in Ihren Orts- und Bezirksverbänden dafür zu werben. Die Vorstandsmitglieder der Liberalen Frauen Berlin, Alexandra Thein MdEP, Hanan El-Hussein, Susanne Manstein, Dr. Silke Morche, Dr. Petra Weckel und ich werden den Antrag auf dem Landesparteitag verteidigen. Auch Mieke Senftleben MdA, Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen, wird sich für den Antrag einsetzen. Wir brauchen Ihre Unterstützung für eine größere Vielfalt im Landesverband!

Wir freuen uns über Post.

Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de

Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Das Ende der Macht der Pharma-industrie?

von Claudia Bandow

Endlich traut sich jemand diesen wirklich überfälligen Tatsachen ins Auge zu sehen und die Pharmaindustrie in ihre Schranken zu weisen. Wir alle wissen, dass wir seit langem die höchsten Medikamentenpreise in Europa zahlen. Mit welcher Rechtfertigung hat das auf dem Rücken der Bürger all die Jahre stattgefunden? Respekt für unseren Gesundheitsminister, dass er sich dazu entschieden hat, diese Marktmacht anzugreifen.

Gelobt wird Herr Rösler von der Presse für den so ganz anderen Politikstil der sonst hinter der FDP vermutet wird.

Wir müssen uns allerdings bei Frau Merkel bedanken, dass wir Herrn Rösler heute dort sehen, wo er ist, denn unser Parteichef war erst nicht so überzeugt von dieser Kandidatur, da Herr Rösler aufgrund seines privaten Hintergrundes nicht umzugswillig war.

Ums so schöner ist es jetzt zu sehen, wie gut sich Herr Rösler in der neuen Position bewegt und wie angenehm er in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Wir benötigen auf jedem Fall noch mehr Politiker mit solchem Format.

76. Ordentlicher Landesparteitag der Berliner FDP

Ellington Hotel Berlin (Nürnberger Str. 50-55)

Freitag, 19. März 2010, Beginn: 18:00 Uhr

Samstag, 20. März 2010, Beginn: 10:00 Uhr

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung Markus Löning, Landesvorsitzender ++ **TOP 2** Bericht des Wahlprüfungsausschusses Wahl der Zählkommission Wahl des Präsidiums ++ **TOP 3** Feststellung der Tagesordnung ++ **TOP 4** Bericht des Landesvorsitzenden Markus Löning ++ **TOP 5** Bericht der Landesschatzmeisterin Heidi Knauthe Bericht der Rechnungsprüfer ++ **TOP 6** Aussprache ++ **TOP 7** Entlastung der Landesschatzmeisterin Entlastung des Landesvorstandes ++ **TOP 8** Wahl des Landesvorstandes - Landesvorsitzende/r, drei stellvertretende Landesvorsitzende - Landesschatzmeister/in, 10 Beisitzer im Landesvorstand ++ **TOP 9** Rede des Generalsekretärs der FDP Christian Lindner MdB ++ **TOP 10** Wahl von mindestens zwei Rechnungsprüfern ++ **TOP 11** „Mobil in die Zukunft – Das liberale Verkehrskonzept für Berlin“ Einbringung und Beratung des Leitantrages ++ **TOP 12** Anträge zur Änderung der Landessatzung ++ **TOP 13** Beratung weiterer Anträge ++ **TOP 14** Schlusswort der/des Landesvorsitzenden

Termine

März 2010

- 19./20.03 LV Berlin: **76. Ordentlicher Landesparteitag** – mit Neuwahl des Landesvorstandes u.a. – im Ellington Hotel Berlin (Nürnberger Str. 50-55) – Info www.fdp-berlin.de
- 22.03 18.30h FNF: **Lesung und Diskussion** „Aufmarsch: Die rechte Gefahr aus Osteuropa“ – mit Gregor Mayer, Bernhard Odehnal – Magnus Haus Berlin (Am Kupfergraben 7)
- 23.03 19.30h OV Oranienburger Tor: **Diskussionsveranstaltung** mit Hermann Otto Solms – im Walter-Scheel-Zentrum (Reinhardtstr. 14)
- 28.03 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 31.03 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de

April 2010

- 06.04 20.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 13.04 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Amici (Markgrafenstr/Jägerstr)
- 14.04 19.00h OV Hackescher Markt & BV Mitte: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** mit Staatssekretär Hans-Jürgen Beerfeltz – im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Stresemannstr. 94)
- 14.04 20.00h Liberale Frauen Berlin: **Treffen „femmes libérales“** im Simon (Auguststr. 53)
- 17.04 10.00h DGLI: **5. Liberal International Day** – Thema: „Menschenrecht Wasser - Wasser als Konfliktstoff im Nahen und Mittleren Osten“ – 15.00 Uhr Jahresmitgliederversammlung – im Atrium der Deutschen Bank (Unter den Linden 13-15, Eingang Charlottenstr. 37/38)
- 19.04 20.00h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – Info www.fdp-mitte.de
- 24./25.04 Bundesverband: **61. Ordentlicher Bundesparteitag** in Köln („Im Zentrum unserer Debatte wird die notwendige Entlastung der Mittelschicht stehen, die mit ihrem Fleiß wesentlich unser Land trägt. Mit der Wahl unseres Generalsekretärs werden wir die Führungsmannschaft der FDP vervollständigen.“) – Info parteitag.fdp.de
- 25.04 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.04 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** – Info www.fdp-gendarmenmarkt.de

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.